

Firma Minges bald nicht mehr „fair“

Den fairen „Bamberg-Kaffee“, den die Bamberger Kaffeerösterei Minges seit einigen Jahren verkauft, wird es bald nicht mehr geben. Nachdem Minges bei seiner Produktion des Bamberg-Kaffees die Richtlinien der FLO (internationale Organisation für die Kontrolle des fairen Handels) nicht mehr eingehalten hatte, wurde dem Produkt das TransFair-Label vor kurzem aberkannt. Der Verein TransFair e.V. zeichnet Produkte mit seinem Siegel aus, die fairen Handel und faire Arbeitsbedingungen für die Herstellerfa-

milien in Afrika, Asien und Lateinamerika garantieren.

Laut TransFair e.V. ist Minges nun nicht mehr Lizenzvertragspartner des Verbands und darf ab Frühjahr 2006 (wenn voraussichtlich die Lagerbestände des noch fair gehandelten Bamberg-Kaffees auslaufen) das TransFair-Label nicht mehr verwenden. Auch das Bamberg-Logo wird dann vorerst nicht mehr auf Minges-Kaffee zu finden sein. Denn die Stadt unterstützte den Bamberg-Kaffee im Rahmen ihrer Lokalen Agenda 21 und hat konsequenterweise

nun ebenfalls eine Verwendung ihres Logos untersagt.

Die Firma Minges äußerte dazu folgende Stellungnahme: Neue Auflagen von TransFair – bestimmte Aufdrucke auf den Kaffee-Packungen betreffend – habe man bei Minges nicht akzeptieren können. Deshalb habe man sich von TransFair getrennt und wolle sich einem anderen Verband anschließen, der ebenfalls fairen Handel garantiert. Den Verband konnte die Geschäftsleitung der Firma Minges bei Redaktionsschluss allerdings noch nicht nennen.

Kleine Häuslesanierer benachteiligt



Mehrere Fassaden von Privathäusern in der Königstraße profitierten von Zuschüssen aus dem Bamberger Modell. Erich Weiß

Einst wurde der kommunale Sanierungszuschuss „Bamberger Modell“ für den Erhalt der wenig spektakulären Wohn- und Geschäftshäuser gegründet, die sich in äußerst desolatem Zustand befanden und für deren Sanierung es damals keine finanziellen Zuschüsse gab. Obwohl sich dies mittlerweile geändert hat, leistet sich die Weltkulturerbestadt trotz angespannter Haushaltslage nach wie vor diesen kleinen Luxus zum Erhalt der historischen Bausubstanz. Und das ist gut so! Es sind zwar keine Reichtümer, die sich die HauseigentümerInnen durch den 10- bis 35-prozentigen Zu-

schuss auf die denkmalrelevanten Sanierungskosten erhoffen können, doch für den „kleinen Häuslesanierer“ sind auch ein paar 1000 Euro schon ein Betrag, der zählt. Ein nettes Zubrot, das die Nutzniesser ohnehin erst nach vier Jahren erreicht und auch Anerkennung für ihre Verdienste um das Gesicht des Weltkulturerbes sein soll.

Ca. 60 einzelne Auszahlungen (insgesamt 246.000 Euro) wurden in den letzten drei Jahren für ebenso viele Maßnahmen von der Stadt genehmigt. Doch eine finanzielle Schieflage ist bei näherem Hinsehen zu entdecken: 40% der Zuschüsse

gingen an zehn öffentliche bzw. nichtprivate Objekte (darunter Altes Rathaus, Gebäude der Stadtbau oder der Kirche), die anderen 60% verteilen sich – zu logischerweise kleineren Beträgen – auf die privaten Hausbesitzer, die nach dem Ursprungsgedanken des „Bamberger Modells“ eigentlich profitieren sollten.

impressum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Ralf Dischinger, Petra Friedrich, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Peter Zorn

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Peter Gack, Barbara Göb, Ulrike Heucken, Ursula Sowa

Photos:
Michael Schilling, Erich Weiß

Gestaltung und Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 65 / November/Dezember 2005

Hofcafé

Gaumenfreuden schenken

- Schlemmerfrühstück für zwei nach Hause
- Candle-Light-Dinner 3-4 Gänge Menü
- Frühstück Ihrer Wahl im Hofcafé

Gutscheine vom Hofcafé

Mo-Fr 8-1 Uhr
Sa 9-2 Uhr
So 9-1 Uhr

Austraße 14 · 96047 Bamberg
Telefon (0951) 2 54 47

99Z euse
was Sie im FT nicht lesen können

Gesicherte Leere im Historischen Museum

Was sein muss, muss sein. Und was sein muss, bestimmen in diesem Fall versicherungrechtliche Vorschriften. Die in den letzten Jahren ausgebauten Räume des historischen Museums in der Alten Hofhaltung müssen nämlich nach Aussagen von Museumsdirektorin Regina Hanemann mit einer Gesamt-Alarmanlage gesichert werden. Das gilt

auch, wenn diese Räume leer stehen, sprich, wenn sich überhaupt keine Ausstellungsstücke – schon gar keine wertvollen – darin befinden.

Leer werden die Räume noch einige Zeit bleiben, denn die Stadt hat kein Geld, sie museumsadäquat auszustatten, zu möblieren und personell zu besetzen. Der Firma Siemens als Alarmanlagenbetreiberin

ist das egal, sie bewacht auch Leerstand und berechnet ihre Kosten nach Fensterfläche. So werden sich die Kosten für den Wartungsvertrag im Jahr 2006 verdoppeln – Steigerung von 32.000 Euro (2005) auf 60.000 Euro. Auch die Leerstände im Historischen Museum sind also vollständig und bestens abgesichert. Klauen doppelt zwecklos!

Flotte Verträge mit fatalen Fehlern

Wie Schlamperei und Hektik zu einem dicken Minus werden, das lehrt nun die Endabrechnung der Ziegelbausanierng.

Rückblick: Als die Stadt sich im Jahr 2002 nach langem Hin und Her entschloss, den Kaliko-Ziegelbau in Eigenregie zu sanieren, wollte man schnell handeln und rechnete nicht lange herum. Man schätzte die Baukosten auf 3,7 Mio Euro und schloss aufgrund dieser groben Schätzung (und nicht aufgrund von sonst üblichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen) mit der Hotelbetreiber-Firma Welcome einen Pachtvertrag über 153.000 Euro jährlich ab.

Doch bei näherer Besprechung mit den beauftragten Architekten stellte sich heraus, dass diese 4,85 Mio Euro als nötige Bausumme veranschlagten. Schließlich einigte sich die Stadt mit den Architekten auf

eine Kostenobergrenze von 4,5 Mio Euro, die auch vertraglich festgelegt wurde. Im weiteren Verlauf hatte nicht nur das Architekturbüro auf die Einhaltung der Kosten zu achten, sondern zusätzlich ein eigens dafür beauftragter Projektsteuerer, mit dem man ebenfalls einen Vertrag geschlossen hatte.

Doch nach Beendigung der Bauarbeiten stellte sich heraus: Die Gesamtsumme belief sich auf 5,2 Mio Euro – 700.000 Euro mehr als veranschlagt. Aber weil alle Verträge schlampig und in Hektik ausgearbeitet wurden, nutzen die darin eingebauten Kostenobergrenzen der Stadt aller Voraussicht nach gar nichts – außer vielleicht als Lehrstück für die Zukunft.

Den Projektsteuerer kann man höchstwahrscheinlich nicht belangen, weil im Vertrag nur von einer „Zusammenführung von Gesamtpro-

jekt und Kostenermittlung“ die Rede war – und zusammengeführt sind auch Kosten mit wesentlichen Überschreitungen.

Von den Architekten ist vermutlich auch nichts zu holen, weil man ihnen sehr mühsam nachweisen müsste, dass sie die Stadt tatsächlich zu spät auf Mehrkosten aufmerksam gemacht haben, und weil die Stadt konkret angeben müsste, welche Ausgaben sie sonst anders getätigt hätte. Außerdem sind Mitglieder der Stadtverwaltung nicht ganz unbeteiligt gewesen an Umplanungen und Sonderwünschen.

Leider lässt sich auch an den Pachtzahlungen, die mit Welcome vereinbart wurden, nichts mehr drehen, obwohl die eigentlich hätten höher ausfallen müssen – gemessen an den nun deutlich gestiegenen Sanierungskosten.

Selbstherrlichkeit an der Regnitz

Der Intendant der Bamberger Symphoniker, Paul Müller, streicht zwar ohne zu blinzeln jährlich einen Zuschuss der Stadt Bamberg in Höhe von mittlerweile 1,2 Mio Euro ein – aber von einem kulantem Verhalten seinerseits kann nicht die Rede sein.

Jahrelang musste sich die Verwaltung der Konzert- und Kongresshalle (4 Arbeitsplätze für 5 Angestellte) in einem mickrigen Raum von 17 m² Größe drängeln, weil Müller und seine Symphoniker in dem riesigen Hallengebäude alle anderen Räume belagern. Der vom Symphoniker-Chef beanspruchte Raumbedarf ist ganz

schön üppig, wenn man mal nachrechnet: Rund 6000 m² der „Sinfonie an der Regnitz“ fallen auf Büroräume, Stimmzimmer, Garderoben, Solistenzimmer, Notenräume, Technik und weitere Nebenräume, die alle permanent von den Symphonikern genutzt werden. Keinen einzigen Raum trat Müller der Stadthallen GmbH ab – da halfen weder überzeugende Argumente noch Bitten.

Nachdem auch Oberbürgermeister Lauer sich offensichtlich nicht durchsetzen konnte oder wollte – obwohl die Stadt ja Eigentümerin des Gebäudekomplexes ist –, wurde nun angebaut: neue Büroräu-

me von 60 m² für nicht ganz billige 120.000 Euro (bedingt durch statische Schwierigkeiten). Ein bisschen ist der Ausbau auch eine „Belohnung“ für den fleißigen Geschäftsführer Horst Feulner, der den städtischen Zuschussbedarf für die Halle immerhin von 600.000 auf 400.000 senken konnte. Und immerhin hat die GmbH-Verwaltung jüngst auch die Bewirtschaftung der Konzerthalle (Warmuth-Nachfolge) und damit noch mehr Aufgaben übernommen.

Die Müllersche „Selbstherrlichkeit an der Regnitz“ wurde jedenfalls so in Stein gefasst.

Klerikal-elegante Personalentsorgung

Dass in der Stadtbücherei die Herren vom Domberg das Sagen haben, obwohl die Stadt den Löwenanteil der Kosten trägt (75%) und die Erzdiözese nur 25% beiträgt, hat sich jetzt wieder gezeigt.

Als die Erzdiözese im Rahmen ihrer Konsolidierungs-

maßnahmen in ihrem Personalhaushalt kürzte, nahm sie kurzerhand drei frei gewordene Arbeitsstellen in der Stadtbücherei her, um dorthin ein paar Beschäftigte „abzuschieben“.

Dem Stadtbücherei-Kuratorium wurde diese Entschei-

dung nur noch nachträglich bekannt gegeben.

Die Stadt übernimmt selbstredend die Entlohnung der drei neuen Beschäftigten zu 75%, und natürlich zahlt sie entsprechend auch für deren fachliche Qualifizierung.